



Aus der Zentrale von IN VIA

Bildungsbericht I: Ungleiche Bildungschancen in Stein gemeißelt? Bildungsbericht zeigt noch immer großen Reformbedarf

Der 9. Nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2022“ beklagt zum wiederholten Male den starken Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Jede*r 4. Schüler*in sei auch 2020 von mindestens einer der drei zentralen Risikolagen Armut, Arbeitslosigkeit und niedriger Bildung im Elternhaus betroffen. Bei diesen Kindern und Jugendlichen habe die Coronapandemie zu starken Belastungen und Leistungseinbußen geführt. Mehr unter <https://bit.ly/3ArluyQ> und <https://bit.ly/3lgbVok>.

Bildungsbericht II: Inklusive Bildung kommt nicht signifikant voran

Laut Bericht wurden 2020 mit bundesweit 582.000 Schüler*innen auch erneut mehr Kinder und Jugendliche sonderpädagogisch gefördert als zuvor. Insgesamt 44 Prozent davon würden in allgemeinbildenden Schulen unterrichtet. Von einer substanziiell verringerten Anzahl an eigenständigen Förderschulen könne nicht die Rede sein. Als scheinbar positive Entwicklung hingegen wird angegeben, dass im Jahr 2020 deutlich weniger Jugendliche als in den Vorjahren die Schule ohne mindestens einen Ersten Schulabschluss verlassen: 45.000 bzw. 5,9 Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung. Ob dies mit pandemiebedingt vereinfachten Prüfungsmodalitäten oder einem längeren Verbleib der Jugendlichen im Schulwesen zusammenhängen würde, lasse sich jedoch nicht zweifelsfrei bestimmen. Mehr unter <https://bit.ly/3ArluyQ> und <https://bit.ly/3lgbVok>.

Bildungsbericht III: IN VIA und Katholische Jugendsozialarbeit plädieren für starke Schulsozialarbeit

IN VIA Deutschland und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. kritisieren in ihrer Pressemeldung zum Bericht, dass es dem Schulsystem weiterhin nicht gelingt die Chancen auf eine gleichberechtigte soziale Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen zu verbessern. So bleibt auch die Vorbereitung auf eine selbstbestimmte Lebensführung für viele auf der Strecke. „Die Bildungspolitik muss endlich handeln und den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg durchbrechen. Dazu bedarf es in den Schulen neben einer Anerkennung von Diversität, einer individuellen Förderung und der Gewährleistung von Partizipation. Nur mit einer starken Schulsozialarbeit und im multiprofessionellen Team können inklusive Bildung und eine kinder- und jugendgerechte Schulentwicklung gelingen,“ mahnt Barbara Denz, Generalsekretärin von IN VIA Deutschland und stellvertretende Vorsitzende der BAG KJS. Pressemeldung im Wortlaut. Mehr unter <https://bit.ly/3yfxQXW>.

Interviews zum Internationalen Tag der Hausangestellten

Zum Internationalen Tag der Hausangestellten wurde IN VIA angefragt, sich zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Hausangestellten zu äußern. Die Interviewer*innen knüpften interessiert an die Geschichte von IN VIA an. Das Interview "Menschenhandel vor der Haustür" können Sie lesen unter <https://bit.ly/3ul4d6A> und das Interview des SWR 1 hören unter <https://bit.ly/3undU4e>.

Aus der Zentrale des DCV

Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (BAG FW): Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Kostenheranziehung von jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe

In ihrer Stellungnahme teilt die BAG FW die Auffassung des Gesetzgebers, von der einkommensabhängigen Kostenheranziehung von jungen Menschen und Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII im Rahmen der stationären und teilstationären Kinder- und Jugendhilfe abzusehen und den Tatbestand der Kostenheranziehung von Ehegatten und Lebenspartnern entsprechend ganz aufzuheben. Sie sieht Nachbesserungsbedarf beim sogenannten „Ausbildungsgeld“ und macht Regelungsvorschläge, damit dieses bei der Kostenheranziehung ebenfalls nicht mehr berücksichtigt wird. Mehr unter <https://bit.ly/3Auh8ad>.

Studie zur digitalen Teilhabe

Aktuelle Ergebnisse liefert eine repräsentative Befragung, die 2022 im Auftrag der Initiative „Digital für alle“, der der Deutsche Caritasverband angehört, anlässlich des dritten bundesweiten Digitaltags am 24. Juni durchgeführt wurde. So zeigt sich, dass die allgemeine Offenheit für digitale Technologien in der Bevölkerung groß ist. Wenngleich jedoch eine große Mehrheit (87 Prozent) der Bevölkerung die Digitalisierung als Chance sieht, nehmen 58 Prozent das Land auch als gespalten wahr. Ein weiterer wichtiger Befund der repräsentativen Studie ist, dass sich acht von zehn Befragten wünschen, dass die digitale Medien- und Informationskompetenz aller gefördert wird. 57 Prozent geben daneben an, dass kostenfreie Schulungs- und Weiterbildungsangebote geschaffen werden sollten. Mehr unter <https://bit.ly/3laOwo5> und <https://digitaltag.eu/studie>.

Kirche & Gesellschaft

Frauenleben sind vielfältig – Positionspapier der kfd

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) – Bundesverband e.V. bezieht Stellung zur Anerkennung der Vielfalt von Frauenleben in Kirche und Gesellschaft. Insgesamt zwölf Themenfelder greift der Text auf, beispielsweise „Liebe leben in Beziehungen“, „Gleichgeschlechtliche Ehen“, „Allein lebende Frauen und Singles“ oder „Familie und Kinder“. Das Positionspapier „Frauenleben sind vielfältig. kfd-Positionen zu Sexualität und Beziehungen“ steht zum Download zur Verfügung: <https://bit.ly/3y8Bz9y>.

Recht auf Selbstbestimmung des Personenstandes

Die Bundesregierung hat ihre Eckpunkte für ein Selbstbestimmungsgesetz vorgestellt. Dazu gehören ein Verfahren beim Standesamt, das Änderungen des Geschlechtseintrags im Personenstand grundsätzlich per Selbstauskunft möglich macht, eine Stärkung des Offenbarungsverbots hinsichtlich des früheren Vornamens oder Personenstandes und eine wirksame Sanktionierung bei Verstößen dagegen sowie eine Stärkung der Aufklärungs- und Beratungsangebote. Der Deutsche Frauenrat unterstützt ein gesetzlich verankertes Recht auf Selbstbestimmung und veröffentlicht ein Papier, das über die aktuelle Rechtslage und die vorgesehenen Änderungen informiert. Mehr unter <https://bit.ly/3uLD259>.

Ausbildung & Qualifizierung

DGB: Digitalisierung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung gefordert

Nach fast dreijähriger Arbeit hat die Enquete-Kommission "Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt" ihren Abschlussbericht vorgelegt. Darin kommen Abgeordnete des Bundestages, Sachverständige aus Wirtschaft, berufsbildenden Schulen, Wissenschaft, Kammern und Gewerkschaften im Hinblick auf die Zukunftsperspektiven der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu dem Schluss, dass die berufliche Bildung dringend an die neuen Anforderungen einer digitalen Arbeitswelt angepasst werden muss. Mehr unter <https://bit.ly/3liiMKk>.

Empfehlungen des Deutschen Vereins zur qualitativen Weiterentwicklung der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit von SGB II, SGB III, SGB VIII und SGB IX

Seit Jan 2021 hat eine AG im Deutschen Verein an den nun vorliegenden Empfehlungen zur Weiterentwicklung der rechtskreisübergreifenden Arbeit am Übergang Schule-Beruf gearbeitet. Bei der Bearbeitung war handlungsleitend, eine Verantwortungsgemeinschaft für junge Menschen am Übergang Schule-Beruf zu verankern, um die Schnittstellen gut zu gestalten und Übergänge in der Zuständigkeit in gemeinsamer Verantwortung zu organisieren. Auf dieser Grundlage soll u.a. gelingen, Barrieren zu reduzieren, d.h., jugendgerechtere Begegnungs- und Beratungsformen zu finden, Jugendliche zu beteiligen, Schulen einzubinden, potentialorientiert zu handeln und aufsuchende Ansätze auszubauen. Mehr unter <https://bit.ly/3nFCV76>.

Bildung

Sozial gerechte Bildung in Gemeinschaftsschulen

In einem Gastbeitrag für *bildungsklick* formulieren zwei Lehrkräfte aus Nordrhein-Westfalen, wie sie sich ein neues Schulsystem vorstellen. Das derzeitige System in Nordrhein-Westfalen sei durch die

frühe Selektion sozial ungerecht, da Kinder aus bildungsfernen Haushalten weniger Chancen hätten, einen guten Abschluss zu erreichen. Die bisherigen Konzepte und Reformen würden die Probleme nicht nachhaltig angehen: Zum Beispiel basiere ein mögliches zweigliedriges Schulsystem mit Gesamtschulen und Gymnasien weiterhin auf einer Selektion nach der 4. Klasse und würde so weiterhin in „gute und schlechte“ Kinder aufteilen. Es brauche schnellstmöglich ein Konzept, das diese Probleme behebt. Sie stellen sich eine Schule von der 1. bis zur 10. Klasse mit jahrgangs- und fächerübergreifendem Unterricht vor. Eine Schule, die projektorientiert unterrichtet und deren Klassen maximal 25 Kinder umfassen. Ein gut funktionierendes multiprofessionelles Team sei dabei unerlässlich. Mehr unter <https://bit.ly/3bCwvmk>.

Mädchen & Frauen

Jahresbericht des Deutschen Frauenrats

Das vergangene Jahr stand für den Deutschen Frauenrat (DF) zunächst ganz im Zeichen der Bundestagswahl. Angesichts der verheerenden Auswirkungen der Corona-Krise für Frauen galt es mehr denn je, eine ehrgeizige Gleichstellungspolitik zu fordern, um eine Retraditionalisierung der Geschlechterbeziehungen aufzuhalten. Neben der nicht überwundenen Corona-Pandemie und Krieg bedrohen uns Inflation und steigende Lebenshaltungskosten. Letzteres trifft vor allem die von Armut Betroffenen in unserer Gesellschaft, die Klimakrise hingegen gefährdet die Lebensgrundlagen aller. Auf diese Herausforderungen werden in den Fachausschüssen „Armut“ und „Klima“ frauenpolitische Perspektiven erarbeitet. Darüber und mehr lesen Sie im aktuellen [DF-Jahresbericht 2021/22](#).

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ verzeichnet erneut Anstieg des Beratungsaufkommens

Auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie ist das Beratungsaufkommen beim Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ angestiegen. Im Jahr 2021 verzeichnete das Hilfetelefon mit mehr als 54.000 Beratungen ein Plus von fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bereits 2020 hatte es einen Anstieg um 15 Prozent gegeben. Die Mehrzahl der Beratungen (60 Prozent) betraf häusliche Gewalt. In Beratungsgesprächen zeigt sich, dass Corona-bedingte Beschränkungen und Belastungen nicht die Ursache für häusliche Gewalt sind. Aber sie erhöhen das Risiko, dass konflikthafte Situationen eskalieren, Gewalt zunimmt und Übergriffe häufiger und massiver werden. Den Jahresbericht 2021 des Hilfetelefons „Gewalt gegen Frauen“ sowie die Infografik „Neun Jahre Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ finden Sie unter www.hilfetelefon.de/presse.

Internationaler Tag von Hausangestellten

Zum internationalen Domestic Workers Day am 16. Juni hat GAATW (Global Alliance Against Traffic in Women) ein Statement veröffentlicht, in dem zur Ratifizierung der ILO Konvention C189 zu menschenwürdiger Arbeit für Hausangestellte, Inklusion von (migrierten) Hausangestellten im Sozialschutz, Anerkennung, Wertschätzung und Umverteilung von unbezahlter Care-Arbeit und Vereinfachung und Unterstützung von selbstorganisierten (migrierten) Hausangestellten aufgerufen wird. Mehr unter <https://bit.ly/3ApQn6t>.

Kleine Anfrage bezüglich Vermittlung ausländischer Pflegekräfte nach Deutschland

In einer Kleinen Anfrage bat die Fraktion DIE LINKE die Bundesregierung um Informationen zur Vermittlung ausländischer Pflegekräfte nach Deutschland. Die Antragssteller*innen basierten ihre Anfrage auf dem Pflegefachkräftemangel in Deutschland. Die Anfrage will u.a. feststellen, ob die Anwerbungen ausländischer Pflegekräfte mit dem WHO-Verhaltenskodex übereinstimmen, der eine Abwerbung aus Ländern, die selbst einen Fachkräftemangel aufweisen, minimieren will und teils sogar verbietet. In ihrer Antwort gab die Bundesregierung Angaben zu genauen Zahlen an Angeworbenen, dem Verfahrensprozess sowie den Verhandlungspartner*innen. Sie betont, dass nach dem genannten Verhaltenskodex gehandelt werde und die offizielle Vermittlung zudem der irregulären Abwanderung von Fachkräften entgegenwirkt. Anfrage unter <https://bit.ly/3Aq5Xir> und Antwort unter <https://bit.ly/3yf8UzY>.

Aus den Verbänden der Jugendsozialarbeit

Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS): Update Inklusionserklärung „Teilhabe und Ausbildung für alle jungen Menschen – Inklusion muss weitergehen“

Anlässlich des Beteiligungsprozesses des BMFSFJ zum neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz veröffentlicht die BAG KJS ein Update ihrer Inklusionserklärung, in der sie wesentliche sowie notwendige Schritte zu einer inklusiven Gesellschaft skizziert. Inklusion im Verständnis der Katholischen Jugendsozialarbeit heißt: Alle jungen Menschen haben ein Recht auf Teilhabe in allen Lebensbereichen. Inklusion erfordert einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel, der die Organisation von Bildung, beruflicher Förderung und Arbeit grundlegend verändert. Mehr unter <https://bit.ly/3uq7eSR>. Bereits Ende 2020 positionierte sich die BAG KJS zur Inklusion. Diese Erklärung liegt auch als Broschüre in einfacher Sprache vor. Diese kann z.B. für die Arbeit mit Jugendlichen genutzt werden. Sie kann kostenfrei bestellt werden bei: sandra.gaertner@bagkjs.de oder unter 0211 94485-12.

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit: Junge Menschen in ihren Lebenslagen besser unterstützen und nicht sanktionieren!

Mit dem Gesetz zur Aussetzung der Hartz-IV-Sanktionen „Sanktionsmoratorium“ sollen für ein Jahr die Sanktionen bei SGB II-Leistungsbezieher*innen grundsätzlich ausgesetzt werden. Das Sanktionsmoratorium geht aber nicht weit genug. Meldeversäumnisse und Terminverletzungen bleiben auch mit dem Sanktionsmoratorium ab dem zweiten Versäumnis Gründe für eine Leistungskürzung von bis zu 10 Prozent des Regelsatzes und genau diese Versäumnisse sind die Begründung für etwa drei Viertel aller Sanktionen. „Auch wenn die vom Bundesverfassungsgericht angemahnte gesetzliche Lücke mit diesem Gesetz für ein Jahr geschlossen worden ist, bleiben junge Menschen von den Sanktionen weiterhin bedroht“ urteilt Tom Urig, Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit. Leistungskürzungen gefährden die Existenzsicherung und greifen damit massiv in die Lebenssituation junger Menschen ein. Gerade vor dem Hintergrund steigender Miet-, Energie- und Lebensmittelpreise ist eine Erhöhung der Leistungsbeträge dringend geboten. Mehr unter <https://bit.ly/3ak9zb8>

Migration & Integration

Migration menschenwürdig gestalten

Die Deutsche Bischofskonferenz und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) haben ein ökumenisches Grundlagenwort zu Fragen von Migration und Flucht veröffentlicht. Mit dem neuen Gemeinsamen Wort nehmen die Kirchen die komplexe Realität gegenwärtiger Migrations- und Fluchtbewegungen in den Blick. Die Grundfrage, die die unterschiedlichen Themen miteinander verbindet, lautet: Wie lässt sich Migration unter unvollkommenen und widersprüchlichen Bedingungen so gestalten, dass man der Würde des Menschen gerecht wird? Ziel des Dokumentes ist es, vor dem Hintergrund theologischer Reflexionen und kirchlicher Praxiserfahrungen handlungsleitende Orientierungen zu entwickeln. Das Gemeinsame Wort *Migration menschenwürdig gestalten* kann auf www.ekd.de/migration heruntergeladen oder bestellt werden.

Passbeschaffungskosten für zugewanderte Menschen sind zu übernehmen

Das Sozialgericht Köln bestimmt, dass die Kosten für einen nichtdeutschen Pass nach § 21 Abs. 6 SGB II auf Zuschussbasis zu übernehmen sind, zumindest dann, wenn das Jobcenter die Vorlage des Passes zur Leistungsvoraussetzung macht. Des Weiteren erklärt das SG Köln im Urteil zum Grunde liegenden Fall, dass einmalig anfallende Kosten übernommen werden, wenn das Aufnehmen eines Darlehens nach § 24 Abs. 1 ausnahmsweise nicht zumutbar ist. Insbesondere ist die Kostenübernahme unabweisbar, wenn diese nicht durch Zuwendungen Dritter sowie unter Berücksichtigung von Einsparmöglichkeiten der Leistungsberechtigten gedeckt sind und in ihrer Höhe nach erheblich von einem durchschnittlichen Bedarf abweichen. Das Urteil finden Sie unter <https://bit.ly/3yGtg6r>.

Bahnhofsmission

Abschluss des zweiten Mutmacher-Qualifizierungskurses

Am 26.06.2022 überreichten Corinna Bonati von der Deutsche Bahn Stiftung und die Bundesgeschäftsführung der Bahnhofsmission, Gisela Sauter-Ackermann, 13 Teilnehmenden der Mutmacher-Qualifizierung in Frankfurt die Abschlusszertifikate. Mit dem Kurs werden in drei Modulen Mitarbeiter*innen der Bahnhofsmissionen in niedrigschwelliger Beratungsarbeit ausgebildet. Die Mutmacher-Bahnhofsmissionen wurden mit professionellen Öffentlichkeitsmaterialien wie Visitenkarten, Flyern, Türschildern und Plakaten ausgestattet. Die Mutmacher:innen verfügen über persönliche Diensthandy und Mutmacher-Dienstkleidung. Im Herbst wird ein neuer Kurs ausgeschrieben. Die Termine für die drei Module 2023 sind: 17.-19.03., 16.-18.06. und 03.-05.11.2023. Vom 20.-22.10.2023 ist ein „Mutmacher-Forum“ für alle Mutmacher:innen geplant. Es dient dem Austausch, der Vernetzung und der vertiefenden Qualifizierung der Teilnehmenden der Mutmacher-Qualifizierungskurse.

Jahrestagung der Bahnhofsmission

Die Bundestagung der Bahnhofsmission findet nach drei Jahren Unterbrechung endlich wieder in Präsenz statt und zwar vom 19. bis 22.09.2022 im Haus der Kirche – Evangelische Akademie Baden. Die Veranstaltung besteht seit einigen Jahren aus zwei Teilen, die auch unabhängig voneinander besucht werden können: Den Anfang bildet eine Bundesfachkonferenz (BUFAKO) mit Redebeiträgen und Diskussionen am Montagnachmittag (19.09.) und Dienstagvormittag (20.09.). Die Teilnahme an der BUFAKO ist auch online möglich. Ab Dienstagnachmittag (20.-22.09.) wird im zweiten Teil der Tagung vor Ort gemeinsam an einem aktuellen Workshop-Thema gearbeitet. Eine Online-Teilnahme an diesem Tagungsteil ist nicht möglich.

Bahnhofsmission Köln in ZDF-Dokureihe „37 grad-leben“

Sehr empfehlenswert und zu sehen in der ZDF-Mediathek: <https://www.zdf.de/dokumentation/37-grad-leben/naechste-hilfe-auf-gleis-1-102.html>

Vereinbarung Bundespolizei/DB Sicherheit

Am 21.07.2022 wird der stellvertretende Vorsitzende des Bahnhofsmission Deutschland e.V., Bruno W. Nikles, in einem Termin mit der Innenministerin und dem DB-Chef eine Vereinbarung der Bahnhofsmission mit der Bundespolizei unterzeichnen. In der Vereinbarung bekräftigen Bundespolizei, DB Sicherheit und Bahnhofsmission ihren Willen zur Zusammenarbeit und zum regelmäßigen Informationsaustausch, um gemeinsam das Sicherheitsgefühl und damit einhergehend die Sicherheit sowie die friedliche Koexistenz der Menschen am Bahnhof zu erhöhen. Unter anderem nehmen sich die drei Partner vor, Schnittstellen, Kommunikationswege und Ansprechpartner*innen für die Zusammenarbeit in kritischen Situationen und bei Gefahren sowie in Not- und Krisenlagen zu klären, die soziale Lage und die daraus resultierenden Sicherheitsaspekte gemeinsam ganzheitlich zu betrachten und zu bewerten, gemeinsam wirksame Maßnahmen zur Vermeidung von Regelverstößen und zur Regulierung sozialer Konflikte zu erarbeiten sowie nachhaltige Präventionsprojekte zu fördern und die hierfür notwendigen Kompetenzen ihrer Mitarbeitenden zu stärken.

Neue Programme & Projektausschreibungen

Bundesweite Initiative „Ich kann was!“

Derzeit läuft die bundesweite Ausschreibung „Ich kann was!“ der Deutschen Telekom Stiftung. Mit der Initiative fördert die Stiftung Vorhaben in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die benachteiligte Kinder und Jugendliche darin unterstützen, Kompetenzen aus- bzw. weiterzubilden, die es ihnen ermöglichen, selbstbestimmt und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Unter dem Motto „Kompetenzen für die digitale Welt“ werden verstärkt Vorhaben unterstützt, die einen kreativen und reflektierten Umgang mit Medien und der digitalen Gesellschaft fördern. Bis zum 15. Juli 2022 können sich Projekte und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit noch bewerben. Die Vorhaben werden Mitte September ausgewählt. Mehr unter <https://bit.ly/3NGTFVW>.

„Beweg dich schlau“ – Bewegungsnachmittage für geflüchtete Kinder

Die Felix-Neureuther-Stiftung will mit ihrem Programm „Beweg dich schlau“ geflüchtete (ukrainische) Kinder bis 12 Jahre unterstützen und in Bewegung bringen. Dazu sucht sie Kooperationspartner vor Ort, die einen Besuch in ihren Einrichtungen jedweder Art oder betreuten Unterkünften ermöglichen, damit dort 1x/Monat Bewegungsnachmittage stattfinden können. Sie stellt u. a. Spiel- und Sportmaterialien für Einrichtungen und Familien/Kinder zur Verfügung und bietet Workshops für Betreuer*innen an. Weitere Informationen wie z.B. die Kriterien für die Teilnahme und Kontaktdaten finden Sie im Anschreiben im Anhang dieses Newsletters. Mehr zum Programm unter www.bewegdich-schlau.com.

Literatur & Webtipps

Newsletter des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

In wenigen Wochen startet das Bundesprogramm "Demokratie leben!" ein Interessenbekundungsverfahren für neue Projekte im Innovationsfonds. Gesucht werden Ideen für Projekte in den Handlungsfeldern Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention, die Impulse gegen aktuelle demokratiefeindliche Handlungen setzen. Im Newsletter sind erste Informationen zu den Terminen und dem Verfahren zu finden. Darüber hinaus gibt er Rück- und Ausblicke auf Veranstaltungen, wie den Fachaustausch "Prävention Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegen Geflüchtete" und die Aktionswoche gegen antimuslimischen Rassismus. Das Magazin steht im Juni im Zeichen des Pride Month, wartet aber auch mit Beiträgen etwa zum Afrozensus und zu Jugendforen auf. Mediatipps enthalten unter anderem eine Publikation zum Thema Kolonialismus sowie Monitorings von "Gesicht Zeigen!" und des Projekts "Gegneranalyse". Mehr unter <https://www.demokratie-leben.de/newsletter-juni-2022>.

Termine & Tagungen

Medienpädagogisches Online-Seminar zu „Bewegte Bilder“

Am 13. Juli 2022, von 11:00 Uhr bis 12:30 Uhr veranstaltet das JFF – Institut für Medienpädagogik ein kostenfreies Online-Seminar zum Thema „Bewegte Bilder: Chancen und Risiken“. Ausgehend von einer Reflexion von beliebten aktuellen Angeboten, wie TikTok, und problematischen Entwicklungen sollen Teilnehmende pädagogische Projektvorhaben entwickeln. Weitere Informationen und das Anmeldeformular finden Sie unter <https://bit.ly/3P5Qrwx>.

Fort- und Weiterbildung bei IN VIA & Caritas

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

IN VIA Akademie Paderborn

- **Zielgenau Präsentieren.** 23.08.-24.08.2022, Paderborn. Wollen Sie sich beim Präsentieren souveräner fühlen? Die Inhalte richtig rüberbringen? Da können wir was machen, so dass Sie zielgenau argumentieren sowie mit stimmiger Stimme und authentischer Körpersprache Vorträge und Präsentationen meistern. Das Thema wird nicht nur theoretisch hinterfragt, sondern praktisch erprobt mit hilfreichen Feedbacks. Mehr unter <https://bit.ly/3ND0dol>.

Fortbildungs-Akademie des DCV Freiburg

- **Kompetent online beraten per Video.** 23.09. und 13.10.2022, online. Während der Corona-Pandemie hat die Videoberatung in psychosozialen Handlungsfeldern der verbandlichen Caritas schlagartig an Bedeutung gewonnen. Über das Online-Beratungsportal der Caritas haben die Berater*innen die Möglichkeit, mit Ratsuchenden per Video Beratungsgespräche zu führen. Dieses neue Setting muss von den Fachkräften gut vorbereitet sein. Im Seminar lernen die Teilneh-

menden die Besonderheiten der Onlinekommunikation per Video kennen. Es werden Einsatzmöglichkeiten vorgestellt und in Bezug gesetzt zu weiteren analogen und digitalen Beratungssettings. Mehr unter <https://bit.ly/3yIUhGg>.

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen unter <http://www.caritas-akademien.de>. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: <http://www.invia-akademie.de>.

Folgen Sie uns auch auf unserem [Twitter-Account!](#)



Frauen helfen Mädchen und jungen Frauen aus der Coronakrise
www.women4youth.de

IMPRESSUM:

IN VIA Katholischer Verband für
Mädchen- und Frauensozialarbeit
Deutschland e.V.
Karlst. 40
79104 Freiburg

Redaktion: Barbara Denz/Annelie Engelbert

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.07.2022
Berichte sowie An- und Abmeldung vom Newsletter:
annelie.engelbert@caritas.de